

EU-NACHRICHTEN

KURZ & KNAPP

Transatlantischer Gipfel

EU und USA erneuern
ihre Partnerschaft

Seite 3

IM FOKUS

Digitale Sicherheit

EU wappnet sich
gegen Cyber-Angriffe

Seite 5

Horizont Europa

Engere Kooperation von
Forschung und Industrie

Seite 7



Credit © European Union, 2021

*Ursula von der Leyen und
Angela Merkel würdigten
den europäischen Wieder-
aufbaufonds NextGene-
rationEU als eine wichtige
Antwort auf die Pandemie.*

UNGARN

Von der Leyen warnt vor Diskriminierung

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat Ungarn davor gewarnt, die demokratischen Standards der Europäischen Union zu verletzen. „Dieses Gesetz ist eine Schande“, sagte von der Leyen über eine ungarische Regelung, die Informationen für Jugendliche über Homosexualität einschränkt. Die Präsidentin wies die entsprechenden Kommissionsstellen an, die rechtlichen Bedenken in einem Schreiben an die ungarische Regierung festzuhalten. „Dieses Gesetz diskriminiert Menschen offen auf der Grundlage ihrer sexuellen Orientierung. Es verstößt gegen die grundlegenden Werte der Europäischen Union“, stellte von der Leyen fest. 16 Mitgliedstaaten, darunter Deutschland, hatten die Regelung zuvor scharf kritisiert.

■ Europäische Grundwerte

NEXTGENERATIONEU

Europas Corona-Wiederaufbaufonds geht an den Start

Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat bei einer Reise durch die europäischen Hauptstädte die ersten positiven Bewertungen der Kommission zu den Plänen der EU-Staaten im Rahmen des Wiederaufbaufonds NextGenerationEU überbracht. „Das ist eine außergewöhnliche Antwort auf eine außergewöhnliche Krise“, sagte von der Leyen bei einem Besuch in Berlin zum offiziellen Start der ersten Investitionsvorhaben in Deutschland und erklärte: „Wir geben grünes Licht für den Deutschen Aufbau- und Resilienzplan.“

> „Wir alle wissen, dass NextGenerationEU viel mehr erreichen wird, als es 27 einzelne Wiederaufbaupläne jemals vermocht hätten“, führte von der Leyen aus. Bundeskanzlerin Angela Merkel ergänzte: „Die Einigung auf NextGenerationEU war eine wichtige Antwort auf die Pandemie.“ Zuvor hatten die Präsidentin und die Bundeskanzlerin virtuell ein vernetztes Gesundheitsamt in Köln besichtigt. „Solche Lösungen müssen jetzt gesamtdeutsch ausgerollt werden“, mahnte Merkel mehr Anstrengungen bei der Digitalisierung der Verwaltung in Deutschland an.

Auf Initiative der Kommission stellt die EU insgesamt 750 Mrd. Euro bereit, um die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Corona-Pandemie zu überwinden. Kern der europäischen Investitionsinitiative ist der Corona-Aufbaufonds (Recovery and

Resilience Facility – RRF) mit 672,5 Mrd. Euro. Von diesen Mitteln werden 312 Mrd. Euro an die Mitgliedstaaten als Zuschüsse vergeben. Weitere 360 Mrd. Euro stehen als zinsgünstige Darlehen bereit. „Das ist eine Jahrhundertchance für Europa. Dies ist ein historischer Moment“, sagte von der Leyen und würdigte den Beitrag der Bundeskanzlerin während der deutschen Ratspräsidentschaft im Vorjahr beim Zustandekommen der europäischen Einigung. „Wir stellen damit Europa besser auf“, so die Präsidentin.

Die Mitgliedstaaten legen ihre Aufbaupläne der EU-Kommission zur Prüfung vor. 37 Prozent der Aufbauhilfen sind für Investitionen in den Klimaschutz festgeschrieben, um die Ziele des Europäischen Grünen Deal umzusetzen, der Europa bis 2050 klimaneutral machen soll. >>

“ NextGenerationEU ist der größte Aufbauplan in Europa seit dem Marshallplan. Und eine Jahrhundert-Investition in den Zusammenhalt unserer Gemeinschaft. ”

Ursula von der Leyen,
Präsidentin der EU-Kommission

>> 20 Prozent fließen als Zukunftsinvestitionen in die Digitalisierung. Die Investitionen in Deutschland erreichen bei den Klimaschutzvorhaben eine Quote von 42 Prozent, bei den digitalen Projekten von 52 Prozent. „Damit liegt Deutschland bei den Investitionen in Digitalisierung europaweit an der Spitze“, lobte von der Leyen.

Nach der Billigung durch den Rat könnte eine Vorfinanzierung von 2,3 Mrd. Euro an Deutschland ausbezahlt werden. Insgesamt erhält Deutschland aus dem Aufbaufonds der EU Zuschüsse in Höhe von rund 25,6 Mrd. Euro. Hinzu kommen rund 2,3 Mrd. Euro aus dem Fonds für einen gerechten Klimaübergang (Just Transition Fund – JTF), mit dem der wirtschaftliche Wandel in Kohleregionen wie der Lausitz oder dem Mitteldeutschen Braunkohlerevier um Halle vorangetrieben wird. Der deutsche Aufbau- und Resilienzplan (DARP) sieht unter anderem Investitionen in folgenden Bereichen vor:

> **Klimapolitik und Energiewende:** So wird saubere Mobilität mit insgesamt 5,4 Mrd. Euro unterstützt. In den Ausbau der Elektromobilität fließen 3,2 Mrd. Euro, davon sind allein 700 Mio. Euro vorgesehen, um deutschlandweit eine Ladeinfrastruktur für E-Autos aufzubauen. Der öffentliche

Nahverkehr in Deutschland erhält rund 1,3 Mrd. Euro, um emissionsarme Busse und Bahnen mit alternativen Antrieben anzuschaffen. Für grenzüberschreitende Wasserstoffprojekte sind 1,5 Mrd. Euro vorgesehen. In die energieeffiziente Sanierung von Gebäuden werden 2,5 Mrd. Euro investiert.

- > **Aufbau eines resilienten Gesundheitssystems:** Unter anderem sind 3 Mrd. Euro für eine bessere medizinische Infrastruktur vorgesehen, um für künftige Pandemien besser gewappnet zu sein.
- > **Digitalisierung der Bildung:** Zum Beispiel fließen rund 1,1 Mrd. Euro für eine bessere digitale Infrastruktur in den Schulen Deutschlands.
- > **Stärkung der sozialen Teilhabe:** Um Jugendlichen den Start in die Arbeitswelt zu erleichtern, gehen rund 700 Mio. Euro in die Förderung künftiger Ausbildungsplätze.

„Die dargelegten Reformen und Investitionen werden zur Digitalisierung und Dekarbonisierung der deutschen Wirtschaft beitragen, sodass diese für künftige Herausforderungen besser gerüstet ist“, würdigte von der Leyen den deutschen Aufbauplan. Die Präsidentin war zur Freigabe der nationalen Aufbaupläne jeweils in die einzelnen Mitgliedstaaten gereist. Vor Deutschland hatte sie unter anderem Portugal, Spanien und Griechenland besucht. Von Berlin aus reiste von der Leyen weiter zum offiziellen Start der Aufbauprojekte nach Italien. „Es ist gut, einen Plan zu haben, aber jetzt legen wir los“, bekräftigte die Präsidentin. (pr) >|

■ *Deutschlands Aufbauplan*

Krisenfest und zukunftsfähig

Damit die Mitgliedstaaten gestärkt aus der Corona-Krise hervorgehen, sind die nationalen Aufbaupläne und ihre Umsetzung von entscheidender Bedeutung. Die EU-Kommission lobte den Deutschen Aufbau- und Resilienzplan (DARP). „Er nützt der Wirtschaft und den Bürgerinnen und Bürgern“, sagte Céline Gauer, Leiterin der Task-Force Recover der Kommission, in einer Online-Diskussion auf Einladung von Jörg Wojahn, dem Vertreter der EU-Kommission in Deutschland. Gauer hob vor allem die Investitionen in Infrastruktur und für eine nachhaltige Mobilität hervor. Jakob von Weizsäcker, Chefökonom des Bundesfinanzministeriums und früherer Europaabgeordneter, würdigte den europäischen Aufbauplan NextGenerationEU als „kraftvolle und solidarische Antwort“ auf die Pandemie.

Deutschlands Aufbau- und Resilienzplan

42% aller vorgesehenen Mittel sollen helfen, die Klimaziele umzusetzen.



- zum Beispiel:
- Wasserstoffinitiative
 - Förderung von Elektroautos
 - Energieeffizienz in Wohngebäuden

52% aller vorgesehenen Mittel dienen der Umsetzung von Digitalisierungszielen.



- zum Beispiel:
- Investitionen in Mikroelektronik und Kommunikationstechnologien
 - Cloud-Infrastrukturen und -Dienste
 - Digitalisierung öffentlicher Dienstleistungen

Zentrale Maßnahmen zur Stärkung der wirtschaftlichen und sozialen Resilienz Deutschlands



- zum Beispiel:
- Investitionsprogramm für Kinderbetreuung
 - Unterstützung für Auszubildende
 - Programm zur Modernisierung von Krankenhäusern

TRANSATLANTISCHER GIPFEL

EU und USA erneuern Partnerschaft und beenden Airbus-Boeing-Streit

Credit © European Union, 2021

Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat in Brüssel gemeinsam mit EU-Ratspräsident Charles Michel (rechts im Bild) US-Präsident Joe Biden zum ersten transatlantischen Gipfel seit sieben Jahren empfangen. Beide Seiten bekannnten sich zu einer starken transatlantischen Partnerschaft und verständigten sich auf eine Reihe neuer gemeinsamer Initiativen im Kampf gegen Corona und beim Klimaschutz. So wurde eine hochrangige Klimagruppe zwischen der EU und den USA vereinbart, um das Vorgehen gegen die Erderwärmung auf beiden Seiten zu beschleunigen und die Klimadiplomatie besser zu koordinieren. „Ich freue mich, dass unsere transatlantische Partnerschaft wieder volle Fahrt aufgenommen hat“, sagte von der Leyen nach dem Treffen.

Beide Seiten entschärften auch den seit 16 Jahren schwelenden Handelskonflikt über Hilfen für die Flugzeugbauer Boeing und Airbus. In der Auseinandersetzung verhängte Strafzölle werden für fünf Jahre ausgesetzt, finanzielle Hilfen künftig nur noch unter Marktbedingungen gewährt. „Heute haben wir eine enorm wichtige Etappe zur Beilegung des längsten Handelskonflikts in der Geschichte der WTO genommen“, erklärte von der Leyen.

Partnerschaft EU-USA

COVID-19

Zehn-Punkte-Plan für künftige Pandemien

Als Konsequenz aus der Corona-Krise schlägt die Kommission einen jährlichen Bericht zum Stand der Pandemievorparatungen in der Europäischen Union vor. Ferner regte die Kommission die Ernennung eines EU-Chef-Epidemiologen an. Um mögliche Pandemieausbrüche weltweit besser im Blick zu haben, soll künftig zudem ein weltweites Warnsystem für zoonotische Krankheiten etabliert werden. „Wir haben schnell, ehrgeizig und kohärent gehandelt“, sagte Kommissionsvizepräsident Margaritis Schinas bei der Vorlage eines Berichts zu ersten Schlussfolgerungen aus der Corona-Pandemie.

Zu dem vorgeschlagenen Zehn-Punkte-Programm gehören auch die Ausrufung eines Gesundheitsnotstands sowie ein entschiedeneres Vorgehen gegen gezielte Fehlinformationen in Pandemie-Zeiten. „Wir haben gemeinsam erreicht, was kein Mitgliedstaat allein hätte schaffen können“, bilanzierte Ursula von der Leyen.

Lehren aus der Corona-Pandemie

VERFAHREN

Gericht verurteilt AstraZeneca zu weiteren Impfstofflieferungen an die EU

Die EU-Kommission hat ein Urteil eines belgischen Gerichts begrüßt, das den Pharmahersteller AstraZeneca zur weiteren Lieferung von 50 Millionen Dosen seines Corona-Impfstoffs an die EU verpflichtet. Kommt der Produzent dieser Verpflichtung nicht nach, muss das Unternehmen eine Strafe von 10 Euro pro nicht gelieferter Impfdosis zahlen. „Diese Entscheidung bestätigt die Position der Kommission: AstraZeneca hat sich nicht an die Verpflichtungen gehalten, die es im Vertrag eingegangen ist. Es ist gut zu sehen, dass ein unabhängiger Richter dies bestätigt“, begrüßte Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen das Urteil.

AstraZeneca hatte seine Lieferverpflichtungen nicht eingehalten. Die EU-Kommission war daraufhin gerichtlich gegen den Pharmahersteller vorgegangen. EU-weit wurden bis zum 23. Juni 381,1 Millionen Impfdosen an die Mitgliedstaaten ausgeliefert, 57,1 Prozent der Erwachsenen in der EU haben bis zu diesem Zeitpunkt mindestens eine Impfung erhalten, 33,9 Prozent sind vollständig geimpft.

Einstweilige Anordnungen gegen AstraZeneca

SOMMERURLAUB

EU besiegelt digitales COVID-Zertifikat

Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat die schnelle Einigung auf ein digitales COVID-Zertifikat begrüßt. „Dieses Zertifikat ist ein Symbol für ein offenes und digitales Europa. Wir haben dieses Zertifikat in Rekordzeit entwickelt. Es wird das Reisen in unserer Union einfacher machen“, sagte von der Leyen bei der gemeinsamen Unterzeichnung einer entsprechenden Regelung mit dem EU-Ratsvorsitzenden Antonio Costa und David Sassoli, dem Präsidenten des Europäischen Parlaments.

Das COVID-Zertifikat wird offiziell am 1. Juli starten. Es war auf Initiative der EU-Kommission in nur zwei Monaten aufgebaut worden und erleichtert für zweifach Geimpfte, Genesene oder negativ Getestete das Reisen innerhalb Europas. Die Mitgliedstaaten verständigten sich auf Initiative der Kommission auch auf die schrittweise Aufhebung von Reisebeschränkungen.

Digitaler Impfnachweis

AUFTAKT

Erste Plenartagung der Konferenz zur Zukunft Europas

Die EU-Kommission hat den Auftakt der Plenarberatungen der Konferenz zur Zukunft Europas gewürdigt. „Heute schreiben wir an einem neuen Kapitel des europäischen Projekts“, erklärte Dubravka Šuica, die für Demokratie und Demografie zuständige Vizepräsidentin der Kommission, zur konstituierenden Sitzung in Straßburg. Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hatte die Konferenz zu Beginn ihrer Amtszeit angekündigt, um Vorschläge zur Zukunft der EU zu erarbeiten.

Bis zum kommenden Frühjahr werden Bürgerinnen und Bürger, Vertreter des Europäischen Parlaments, der Regierungen der Mitgliedstaaten, der nationalen Parlamente und der EU-Kommission einen entsprechenden Bericht vorlegen. Europas Bürgerinnen und Bürger sollen ihre Vorstellungen in Online-Foren einbringen. Zudem werden vier Bürgerräte über europäische Zukunftsperspektiven beraten. „Unsere Bürgerinnen und Bürger stehen im Zentrum der Konferenz zur Zukunft Europas: Sie sind die Triebfeder für diesen einzigartigen Prozess“, so Šuica.

Zukunftskonferenz

GIPFELTREFFEN

EU und Kanada stärken Zusammenarbeit

Die Europäische Union und Kanada wollen in den Bereichen Gesundheit, Klimaschutz und Handel künftig noch enger kooperieren. „Wir verfolgen die gleichen Interessen, wir haben die gleichen Werte, wir teilen das gleiche Weltbild. Und wir sind uns darüber einig, dass wir den Multilateralismus stärken wollen, um globale Herausforderungen zu bewältigen“, sagte Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen nach einem gemeinsamen Treffen von Ratspräsident Charles Michel mit dem EU-Außenbeauftragten Josep Borrell und dem kanadischen Regierungschef Justin Trudeau.

Die EU und Kanada sind seit 2017 durch das Handelsabkommen CETA verbunden. 2019 nahm der Handel zwischen der EU und Kanada im Vergleich zum Stand vor dem Handelsakkord um 25 Prozent bei Waren und um 39 Prozent bei Dienstleistungen zu. In einer Erklärung hoben die Führungsspitzen gemeinsame Initiativen und Kooperationen hervor, unter anderem um die Coronavirus-Pandemie zu beenden, eine nachhaltige globale Erholung zu unterstützen und den Klimawandel zu bekämpfen.

Kooperation mit Kanada

RESTRIKTIONEN

Wirtschaftssanktionen gegen Belarus

Die Europäische Union weitet ihre Sanktionen gegen Belarus aus und verhängt weitreichende Wirtschaftssanktionen. Diese treffen vor allem Staatsunternehmen der Kali- und Düngemittelindustrie sowie Mineralölunternehmen und den Finanzdienstleistungssektor des Landes. Zudem wurden Einreiseperrnen für weitere Vertreter des belarussischen Machtapparats erlassen und deren Zugriff auf Konten in der EU unterbunden. „Die Sanktionen treffen Bereiche der Wirtschaft, die direkt mit dem Export verknüpft sind“, erklärte Josep Borrell, der Hohe Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik. Gemeinsam mit den Außenministern der Mitgliedstaaten war er in Luxemburg mit der belarussischen Oppositionsführerin Swetlana Tichanowskaja zusammengetroffen.

Mit den neuen Sanktionen reagiert die EU auf die anhaltenden Repressionen gegen die Zivilgesellschaft und die demokratische Opposition in Belarus. Zuletzt hatten die belarussischen Behörden einen Flug von Griechenland nach Litauen zur Zwangslandung gezwungen und den Journalisten Raman Protassewitsch und dessen Lebensgefährtin Sofia Sapega unrechtmäßig festgesetzt.

EU-Sanktionen gegen Belarus

IMPRESSUM

© Europäische Union, 2021

Herausgeber:**Europäische Kommission – Vertretung in Deutschland:**Leitung: Jörg Wojahn
Unter den Linden 78 • 10117 Berlin • Tel: 030-22 80 20 00 • Fax: 030-22 80 22 22
E-Mail: eu-de-kommission@ec.europa.eu • Internet: www.eu-kommission.de**Regionalvertretung in Bonn:**

Bertha-von-Suttner-Platz 2-4 • 53111 Bonn • Tel: 0228-530 09-0 • Fax: 0228-530 09 50

Regionalvertretung in München:

Bob-van-Bentham-Platz 1 • 80469 München • Tel: 089-24 24 48-0 • Fax: 089-24 24 48 15

Redaktion & Grafik:Claudia Guske, Gabriele Imhoff (EU-Kommission)
Peter Riesbeck, Armin Kalbfleisch, Marion Gladzewski**Herstellung:**Brandenburgische Universitätsdruckerei und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH
Klimaneutral gedruckt und mit FSC®-Zertifizierung als Nachweis der Holzherkunft aus guter Waldbewirtschaftung.**Haftungsausschluss:**

Für die Inhalte der verlinkten Seiten sind die EU-Nachrichten nicht verantwortlich. Jegliche Haftung wird abgelehnt. Die EU-Nachrichten geben nicht in jedem Fall die Haltung der Kommission wieder und binden die Kommission in keiner Weise. Die Wiedergabe mit Quellenangaben ist vorbehaltlich anderslautender Bestimmungen gestattet.



Vertretung in Deutschland

Diskutieren Sie mit uns auf Facebook



und folgen Sie uns auf Twitter



DIGITALE SICHERHEIT

EU wappnet sich gegen Cyber-Angriffe

Die Europäische Union geht künftig gemeinsam gegen Hacker-Angriffe aus dem Internet vor. Dazu präsentierte die EU-Kommission Vorschläge zum Aufbau einer gemeinsamen Cyber-Einheit (Joint Cyber Unit), um koordiniert und gezielt gegen Angriffe aus dem Internet einzuschreiten. „Wir können heute nicht mehr zwischen Online- und Offline-Bedrohungen unterscheiden. Wir müssen alle unsere Ressourcen bündeln, um Cyber-Risiken zu bekämpfen“, sagte Margaritis Schinas, der für die Förderung unserer europäischen Lebensweise zuständige Vizepräsident der EU-Kommission.



> Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hatte die Cybersicherheit zu einer der politischen Prioritäten ihrer Amtszeit erklärt. Allein für das Jahr 2020 meldete die Europäische Agentur für Cybersicherheit (ENISA) mehr als 750 Cyberangriffen auf kritische Sektoren in der EU – rund 75 Prozent mehr als im Jahr zuvor, erklärte EU-Binnenmarktkommissar Thierry Breton. „Die gemeinsame Cyber-Einheit ist ein entscheidendes Element, um uns gegen die steigenden und zunehmend komplexer werdenden Bedrohungen aus dem Internet zu schützen“, sagte Breton.

Im Einzelnen sieht die neue Cyber-Einheit vor:

- > Eine gemeinsame europäische Kooperationsplattform unter Führung der EU-Agentur ENISA, die einen Datenaustausch zwischen den entsprechenden Einrichtungen der Mitgliedstaaten ermöglicht. Das umfasst Cybersicherheits-Behörden, aber auch Justiz, Diplomatie sowie Partner aus dem privaten Sektor.
- > Einheitliche Standards, um Cyberangriffe zu protokollieren und gemeinsame Gegenstrategien zu entwickeln.
- > Schnelle Cybersicherheits-Eingreifteams, die im Fall von Hackerangriffen sowohl „virtuell als auch physisch“ Hilfe bieten, erläuterte Breton.

„Der Aufbau einer vertrauenswürdigen und sicheren digitalen Welt, beruhend auf unseren Werten, erfordert das Engagement aller, einschließlich der Strafverfolgungsbehörden“, sagte Schinas. Er erinnerte an Cyberangriffe auf die Gesundheitssysteme in Frankreich und Irland während der Corona-Pandemie und das Hacken von E-Mail-Postfächern von Politikern in Polen. „Die Bedrohung ist real“, sagte Schinas.

Der Vizepräsident hatte sich zuvor in Lissabon mit Vertretern der US-Regierung getroffen, um über gemeinsame Cybersicherheits-Strategien zu beraten. In den USA war im Frühjahr die Ölpipeline Colonial durch eine Cyberattacke lahmgelegt worden, erst gegen Bezahlung eines Lösegelds (englisch: ransom) wurde die Blockade gelöst. „Solche Ransomware-Angriffe sind genau das, worauf wir uns vorbereiten müssen“, warnte Schinas.

Da es immer häufiger zu großen Cyberangriffen in der EU kommt, müssen die Reaktionen technisch auf dem neuesten Stand sein und koordiniert werden.

“ Es geht um unser aller Sicherheit, nicht um bloße technische Fragen. ”

Margaritis Schinas, Vizepräsident der EU-Kommission

Die Kommission hatte bereits im Vorjahr eine Cybersicherheits-Strategie vorgelegt, mit dem Ziel, ein globales und offenes Internet zu gewährleisten, die Grundrechte aller zu sichern und zugleich Wirtschaft und Infrastruktur vor Hackerangriffen zu schützen. So präsentierte die Kommission Vorschläge für eine Richtlinie über die Widerstandsfähigkeit kritischer Einrichtungen und eine Richtlinie zu Maßnahmen für ein hohes gemeinsames Maß an Cybersicherheit in der gesamten Union, die sogenannte überarbeitete NIS-Richtlinie (oder NIS 2).

Parallel zu den Vorschlägen der gemeinsamen Cyber-Stelle legte die Kommission ihren Fortschrittsbericht zum Aufbau einer Sicherheitsunion vor. „Jeder Mitgliedstaat muss seine Aufgaben erfüllen, um die Sicherheit der EU als Ganzes zu gewährleisten“, mahnt die Kommission darin mehr gemeinsame Anstrengungen an. (pr) >|

AUSSEN- UND SICHERHEITSPOLITIK

Verteidigung europäischer Werte und Interessen – die EU bestimmt ihr Verhältnis zu Russland

Vor den Beratungen der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union beim Gipfel in Brüssel hat die EU-Kommission Empfehlungen für eine neue Russland-Strategie vorgelegt. Sie setzt dabei auf ein dreigliedriges Vorgehen: In die Schranken weisen, Grenzen setzen und zusammenarbeiten.



Der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell stellte vor Journalisten in Brüssel die zentralen Elemente der künftigen Beziehungen der EU zu Russland vor.

> „Geschichte, Geografie und die Menschen verbinden die EU und Russland. Der Zustand unserer Beziehungen ist komplex. Wir müssen die Herausforderungen benennen und die Chancen ergreifen“, erklärte Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen. „Die bewussten Entscheidungen und aggressiven Handlungen der russischen Regierung in den vergangenen Jahren haben eine Negativspirale in Gang gesetzt“, fügte die Präsidentin hinzu. Von der Leyen hatte zu Beginn ihrer Amtszeit eine geopolitische Kommission angekündigt.

„Wir müssen zwischen Russland und der russischen Regierung unterscheiden“, sagte Josep Borrell, der Hohe Beauftragte der Union für Außen- und Sicherheitspolitik. Vor Journalisten in Brüssel führte Borrell die zentralen Elemente der künftigen Beziehungen zu Russland aus:

> Die EU wird Menschenrechtsverletzungen sowie Verstöße Russlands gegen das Völkerrecht in der Ukraine, Georgien und anderen Ländern weiter offen benennen. Mit Blick auf die territoriale Integrität, Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine bekräftigte Borrell die Unterstützung der EU für das Land und ermahnte die russische Regierung zur vollen Umsetzung des Minsker Abkommens. Die Übereinkunft aus dem Jahr 2015 sieht eine Einstellung der Kämpfe im Osten der Ukraine vor. Entschiedenes Vorgehen kündigte Borrell auch gegen hybride Bedrohungen sei-

tens der russischen Regierung an wie gezielte Desinformationskampagnen sowie Hackerangriffe auf Einrichtungen der EU und ihrer Mitgliedstaaten. Auch weitere Sanktionen sind nicht ausgeschlossen.

> Die EU muss robuster und widerstandsfähiger werden, um Destabilisierungsversuche der russischen Regierung zu unterbinden. Das beinhaltet zum einen ein koordiniertes Vorgehen mit den Staaten der G7 oder dem nordatlantischen Verteidigungsbündnis Nato. Zugleich muss die EU aber auch eigene Kapazitäten aufbauen, etwa im Bereich der Cybersicherheit. Die Energiewende im Rahmen des Europäischen Grünen Deals bietet zudem die Chance, sich von Rohstoffimporten aus Russland unabhängiger zu machen. Angestrebt wird ferner eine gemeinsame Strategie mit den Staaten der östlichen Partnerschaft wie Armenien, Georgien oder der Ukraine gegen russische Bedrohungen.

> In ausgewählten Politikbereichen will die EU mit Russland zusammenarbeiten – von der gemeinsamen Bekämpfung der Corona-Pandemie über die Klimapolitik, in regionalen und globalen Fragen wie im Atomkonflikt in Iran, Afghanistan und Mittleren Osten, bei der Terrorismusbekämpfung bis hin zur Nichtverbreitung von Atomwaffen.

„Unser Ziel sollte es sein, Wege auszuloten, die dazu beitragen könnten, die gegenwärtige Dynamik schrittweise in eine vorhersehbarere und stabilere Beziehung zu verschieben“, sagte Borrell. Er fügte aber einschränkend hinzu: „Unter den gegenwärtigen Umständen scheint eine erneuerte Partnerschaft zwischen der EU und Russland, die eine engere Zusammenarbeit ermöglicht, in weite Ferne gerückt.“

Die Staats- und Regierungschefs der EU erörterten das Strategiepapier auf ihrem Gipfel in Brüssel. Die Beziehungen zu Russland waren zuletzt nicht nur wegen des Vorgehens gegen Oppositionspolitiker Alexej Nawalny abgekühlt. Die russische Regierung hatte auch gegen zivilgesellschaftliche Gruppen im Land mobil gemacht und die drei deutschen Nichtregierungsorganisationen Zentrum Liberale Moderne, Deutsch-Russischer Austausch und das Forum russischsprachiger Europäer zu unerwünschten Organisationen erklärt. (pr) >|

■ *Russland-Politik der EU*

Fünf Prinzipien

Nach der völkerrechtswidrigen Annexion der ukrainischen Halbinsel Krim hatte sich die EU 2016 auf fünf Prinzipien in den Beziehungen zu Russland verständigt. Diese umfassen unter anderem die vollständige Umsetzung des Minsker Abkommens, die Stärkung der Beziehungen zu den sechs Ländern der östlichen Partnerschaft, die Stärkung der eigenen Widerstandsfähigkeit, die gezielte Kooperation mit Russland in einzelnen Fragen der internationalen Politik wie etwa Nahost sowie den Ausbau zivilgesellschaftlicher Kontakte zwischen der EU und Russland.

FORSCHUNG UND ENTWICKLUNG

EU investiert in Innovationskooperation mit der Industrie

Mit rund 22 Mrd. Euro wollen EU-Kommission, Mitgliedstaaten und Unternehmen europaweite Klimaschutz- und Digitalisierungsprojekte vorantreiben. Neben Beiträgen von privaten Partnern und Mitgliedstaaten sollen auch mehr als 8 Mrd. Euro aus dem EU-Forschungsprogramm Horizont Europa bereitgestellt werden. Das Geld soll in elf Partnerschaften fließen, die den Übergang zu einem grünen, klimaneutralen und digitalen Europa beschleunigen und die europäische Industrie wettbewerbsfähiger machen. Dazu gehören unter anderem klimafreundlichere Stahlproduktion, nachhaltige Kraftstoffe oder künstliche Intelligenz und Cloud-Lösungen für die Wissenschaft.

> „Bei diesen Partnerschaften dreht sich alles darum, Forschungs- und Innovationsressourcen so zu bündeln, dass Forschungsergebnisse in nützliche Innovationen umgesetzt werden“, sagte Mariya Gabriel, Kommissarin für Innovation, Forschung, Kultur, Bildung und Jugend. Margrethe Vestager, die für das Ressort „Ein Europa für das digitale Zeitalter“ zuständige Exekutiv-Vizepräsidentin der EU-Kommission, ergänzte: „Damit können wir gemeinsam vertrauenswürdige künstliche Intelligenz, Daten, Robotik und viele weitere technologische Instrumente erforschen und unsere Umwelt- und Klimaziele für eine sauberere und gesündere Zukunft erreichen.“

Die Forschungsk Kooperationen haben auch zum Ziel, die Autonomie der europäischen Wirtschaft zu stärken. Die Vorhaben konzentrieren sich auf vier zentrale Forschungsbereiche: Gesundheit; Klima, Energie und Mobilität; Digitalisierung, Industrie und Raumfahrt sowie Ernährung, Bioökonomie und Landwirtschaft. Im Einzelnen beinhaltet dies zum Beispiel:

- > **Europäische Cloud für offene Wissenschaft:** Rund zwei Millionen Wissenschaftler forschen in Europa. Ziel ist es, ihnen zu ermöglichen, ihre Forschungsdaten bis 2030 in ein europaweites und interdisziplinäres Datennetzwerk einzuspeisen.
- > **Emissionsfreier Straßenverkehr:** Die Partnerschaft 2Zero (Auf Null) verfolgt das Ziel, die Entwicklung eines emissionsfreien Verkehrs voranzutreiben und so ein klimaneutrales und sauberes Straßenverkehrssystem zu unterstützen.
- > **Künstliche Intelligenz (KI):** Die Innovationen in diesem Bereich werden ausgebaut, dabei geht es nicht allein um marktreife Lösungen, sondern auch darum, die Akzeptanz dieser Technologien



© Shutterstock

zu erhöhen. Die Kommission hatte dazu bereits im Frühjahr dieses Jahres Regeln für eine vertrauenswürdige KI vorgelegt.

- > **„Made in Europe“:** Angestrebt wird, die Führungsrolle in nachhaltiger und innovativer Wirtschaft zu stärken, etwa durch Abfallvermeidung in der Kreislaufwirtschaft oder durch die Förderung des digitalen Wandels und klimaneutraler Produktionsweisen.
- > **Saubere und kohlenstoffarme Stahlerzeugung:** Stahl wird derzeit überwiegend mit Koks Kohle hergestellt, dabei entsteht das Treibhausgas Kohlendioxid. Die Partnerschaft fördert die Entwicklung emissionsarmer Produktionswege, etwa mit Wasserstoff.
- > **Nachhaltiges Bauen:** Die derzeitige Herstellung von Zement ist energieintensiv, zudem wird das Klimagas Kohlendioxid freigesetzt. Das Programm Built4People (Gebaut für Menschen) setzt auf nachhaltige Baustoffe wie Holz oder die Wiederverwendung von Materialien von Stahl bis zu durch Recycling wiedergewonnenen Zement.

„Mit den neuen Partnerschaften steht Europa an vorderster Front bei globalen technologischen Entwicklungen, beim Aufbau wichtiger industrieller Kapazitäten und bei der Beschleunigung des doppelten ökologischen und digitalen Wandels“, führte Binnenmarktkommissar Thierry Breton aus. Die neu begründeten Forschungsk Kooperationen sind ausgerichtet auf EU-Prioritäten wie Digitalisierung und Klimaschutz im Rahmen des Europäischen Grünen Deals und legen stärkeren Wert auf Synergien. (pr) >

Ein Schwerpunkt der angestrebten Partnerschaften mit der Industrie ist der Forschungsbereich Ernährung, Bioökonomie und Landwirtschaft.

Oberbayern ist innovativ

Deutschland gehört mit einer Leistung zwischen 100 und 125 Prozent zu den starken Innovatoren in Europa. Das geht aus dem Europäischen Innovationsanzeiger der EU-Kommission hervor. Innovationsführer in der EU ist Schweden. Innovativste Region in der EU ist Stockholm (Schweden), gefolgt von Etelä-Suomi (Finnland) und Oberbayern. Im internationalen Vergleich liegt die EU vor China, an der Spitze des Rankings stehen Südkorea, Kanada, Australien, die Vereinigten Staaten und Japan.

Etwa zwei Drittel des Produktivitätszuwachses in Europa sind in den letzten Jahrzehnten auf Innovationen zurückzuführen. Europa konnte seine Innovationsleistung seit 2014 insgesamt um 12,5 Prozent steigern, auch die eher leistungsschwachen Länder schließen in Sachen Innovation auf.

TOGETHER. RESILIENT. EUROPE

Slowenien übernimmt Ratspräsidentschaft

Am 1. Juli übernimmt Slowenien die EU-Ratspräsidentschaft unter dem Motto „Together. Resilient. Europe.“ in Übereinstimmung mit dem Programm, das von der Trio-Präsidentschaft Deutschland-Portugal-Slowenien vereinbart wurde. Im Fokus der slowenischen EU-Ratspräsidentschaft stehen u.a. die Themen Resilienz, Erholung und strategische Autonomie der Europäischen Union, Konferenz zur Zukunft Europas, europäische Lebensweise, Rechtsstaatlichkeit und gleiche Maßstäbe sowie Sicherheit und Stabilität in der europäischen Nachbarschaft.



Die Europäische Bewegung Deutschland e.V. (EBD) und die Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland werden am 8. Juli 2021, 13:00 Uhr das Programm der slowenischen Ratspräsidentschaft vorstellen. Bis zum 6. Juli ist die Anmeldung zum Livestream möglich.

[Zur Anmeldung](#)

INFOTAGE ZU HORIZONT EUROPA

Infotage zu Horizont Europa

Vom 28. Juni bis zum 9. Juli 2021 finden die Online-Infotage der Europäischen Kommission zum EU-Rahmenprogramm für Forschung und Innovation Horizont Europa statt. Zur Zielgruppe der Veranstaltungen zählen Stakeholder und interessierte Antragstellende. Das Programm umfasst Informationen zu Förderlinien und -instrumenten sowie ersten Ausschreibungen. Es besteht die Möglichkeit zur interaktiven Beteiligung.



Vorgestellt werden die Programmbereiche von Horizont Europa, darunter Forschungsinfrastrukturen, Gesundheit, Digitalisierung, Industrie und Weltraum, Klima, Energie und Mobilität sowie Lebensmittel, Bioökonomie, natürliche Ressourcen, Landwirtschaft und Umwelt. Für die Teilnahme ist keine vorherige Anmeldung erforderlich.

[Horizont Europa Infotage 2021](#)

PLÄDOYER FÜR PRESSEFREIHEIT

Deutsche Koproduktion gewinnt Lux-Publikumspreis

Die deutsche Koproduktion „Kollektiv – Korruption tötet“ hat den europäischen Lux-Publikumspreis gewonnen. Der Präsident des Europaparlaments, David Sassoli, überreichte die Auszeichnung in Straßburg an den deutsch-rumänischen Regisseur Alexander Nanau. Die Dokumentation handelt von einer Brandkatastrophe in einem Bukarester Musikclub, bei der 2015 zahlreiche Menschen ums Leben kamen.

Der Film begleitet ein Team von Journalisten, das herausfinden möchte, warum 37 der Verletzten nach dem Brand im Krankenhaus sterben mussten, obwohl ihre Verletzungen nicht lebensgefährlich waren.

[Lux-Filmpreis verliehen](#)



29. JUNI: KLIMAPAKT-AKTIONSTAG

Ein Beitrag zu einer grüneren Zukunft für alle

Der Europäische Klimapakt, der im Dezember letzten Jahres als Initiative der Europäischen Kommission ins Leben gerufen wurde, organisiert am 29. Juni 2021 einen virtuellen Aktionstag. Diese Veranstaltung soll das Bewusstsein für den Fortschritt und die Möglichkeiten des Pakts schärfen, zu konkreten Klima-Zusagen ermutigen, inspirierende Geschichten von Klimaaktionen teilen und Menschen mit konkreten Projekten in ihrem eigenen Land verbinden.

Geplant sind eine Hauptveranstaltung am Vormittag sowie daran anschließend kleinere Events in den einzelnen EU-Ländern. Diese werden in den jeweiligen Landessprachen abgehalten. Darüber hinaus finden Expertenberatungen sowie ein Co-Creation-Workshop zum Thema Jugendengagement statt. Für diese Veranstaltung ist eine Anmeldung notwendig. Sie richtet sich speziell an junge Menschen zwischen 15 und 30 Jahren, die aus Europa kommen oder in Europa leben.

[Klimapakt-Aktionstag](#)